

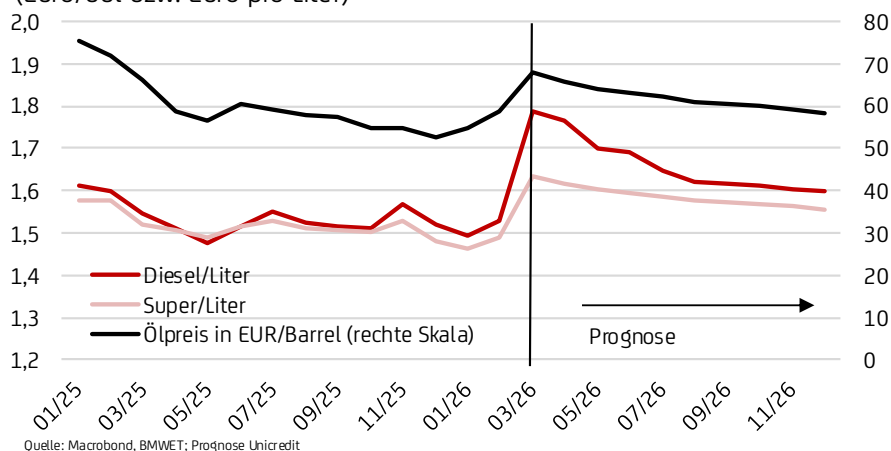
UniCredit Bank Austria Analyse

Iran-Krieg lässt Inflation in Österreich wieder steigen

- Deutlicher weltweiter Anstieg der Rohöl- und Gaspreise nach De-facto-Blockade der Straße von Hormus
- Der Ölpreis stieg bis heute um 55 Prozent gegenüber dem Durchschnittspreis der ersten beiden Monate des Jahres – der Nettopreis von Diesel stieg im selben Ausmaß, von Superbenzin etwas weniger
- Der Anstieg der Spritpreise könnte 2026 zu einer Mehrbelastung für Haushalte mit PKWs von durchschnittlich 80 Euro für Dieselfahrer und 30 Euro für Besitzer von Benzin-KFZ im Vergleich zum Vorjahr führen
- Wir gehen davon aus, dass die militärischen Operationen gegen den Iran einige Wochen dauern und danach die Spannungen und Störungen der Energieversorgungen nachlassen
- Die Preise für Rohöl und Erdgas sollten in Folge der Entspannung auf den Märkten von den jüngsten Höchstständen allmählich wieder sinken
- Der Anstieg der Energiepreise kehrt den Inflationsrückgang in Österreich um: Wir heben unsere Inflationsprognose für 2026 von 1,9 Prozent auf 2,5 Prozent an
- 2027 könnte die Teuerung mit 2,2 Prozent um 0,2 Prozentpunkte höher als bisher angenommen ausfallen
- Wir senken unsere BIP-Prognose um jeweils 0,1 Prozentpunkte auf 0,9 für 2026 und 1,4 Prozent für 2027

„Die Eskalation im Nahen Osten nach dem Angriff der USA und Israels auf den Iran und nach der De-facto-Sperre der Straße von Hormus sowie den Gegenschlägen des Irans auf die Energieinfrastruktur in der Region haben einen deutlichen Anstieg der Gas- und Rohölpreise auf den Weltmärkten ausgelöst. Während die Preise für Haushaltsenergie erst mit Verzögerung auf den Gaspreisanstieg reagieren werden, haben die Preise für

Rohölpreis und Treibstoffpreise in Österreich
(Euro/bbl bzw. Euro pro Liter)



Treibstoffe an den österreichischen Tankstellen unmittelbar angezogen, dadurch wird auch die Inflation ab März in Österreich wieder ansteigen“, analysiert UniCredit Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer.

Die Dauer des Konflikts kann nur schwer verlässlich abgeschätzt werden, eine baldige Beendigung der Auseinandersetzungen ist jedenfalls im Interesse aller beteiligten Parteien. Neben der Behinderung des Transports von Erdöl und Flüssiggas durch die Straße von Hormus, durch die jeweils rund 20 Prozent des globalen Bedarfs transportiert werden, besteht das Risiko einer Verschärfung durch Angriffe bzw. Beschädigungen von Energie-Produktions- und -Verladeanlagen in den Anrainerländern, die zu noch stärkeren Energiepreisanstiegen führen könnten.

„Wir gehen davon aus, dass die militärischen Operationen gegen den Iran einige Wochen andauern werden und damit zeitlich in einem überschaubaren Rahmen bleiben. Die politischen Unsicherheiten und die Störung der Transportwege von fossiler Energie sollten danach spürbar nachlassen. Der Preis für Öl und Gas auf den Weltmärkten dürfte von den aktuellen Höchstständen dann schrittweise zurückgehen“, sagt Stefan Bruckbauer und ergänzt: „Auch im günstigen Fall einer ‚nur‘ mehrwöchigen Auseinandersetzung ohne weitere Eskalation ist dennoch mit Preisverwerfungen bis weit in das Jahr 2026 zu rechnen.“

Die Ökonomen der UniCredit Bank Austria haben die Ölpreisprognose von 65 auf 76 USD pro Barrell im Jahresdurchschnitt 2026 angehoben. Unter der Annahme von Zurückhaltung auf beiden Seiten und einer aktiven Unterstützung durch die OPEC+ sollte der Rohölpreis unter 80 USD pro Barrel bleiben, wenn auch vorübergehende Spitzen wie in den vergangenen Tagen zu erwarten sind. Angesichts des aktuellen Überangebots auf dem Markt sollte Rohöl eigentlich bei rund 60 USD pro Barrel oder weniger gehandelt werden, was darauf hindeutet, dass die Märkte bereits vor Kriegsbeginn eine erhebliche geopolitische Risikoprämie eingepreist haben. Wenn der Konflikt nicht weiter eskaliert und die wichtigsten Energieanlagen unberührt bleiben, sollte der Ölpreis bis Ende 2026 wieder auf rund 70 USD pro Barrel zurückgehen.

„Unsere TTF-Gasprognose für 2026 liegt bei 30 bis 35 Euro pro Megawattstunde im Jahresdurchschnitt. Das Risiko höherer Gaspreise ist auch bei einem relativ raschen Ende des Konflikts gestiegen, jedoch sollte dieses Niveau zumindest in der zweiten Jahreshälfte erreichbar sein. Dem gegenüber steht die Notwendigkeit, die niedrigen Lagerstände, die in Europa aktuell bei rund 30 Prozent liegen, vor dem nächsten Winter wieder aufzufüllen. Das erhebliche steigende LNG-Angebot, das aus den USA, Katar und Kanada auf den Markt kommen wird, sollte sich dabei positiv auf die Preisentwicklung auswirken“, meint UniCredit Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl.

Deutlicher Anstieg der Spritpreise an den Zapfsäulen

Der Anstieg der Öl- und Gaspreise wird demnach bei günstiger Entwicklung nur temporär sein, dennoch zeigt er bereits Wirkung. Die Treibstoffpreise haben in Österreich unmittelbar angezogen. Von 1,51 und 1,48 Euro für einen Liter Diesel bzw. Superbenzin im Durchschnitt der ersten beiden Monate des Jahres stiegen die Treibstoffpreise an den Zapfsäulen aktuell auf 2,00 Euro für Diesel und 1,80 Euro für Super. Während der Bruttopreisanstieg durch die konstanten Steueraufschläge etwas gemildert wird, sind die Nettopreise deutlich stärker angestiegen.

„Der Weltmarktpreis für Rohöl wird seit dem Wochenende mit über 100 Euro pro Barell gehandelt, um rund 55 Prozent über dem Durchschnittspreis der ersten beiden Monate des Jahres. Nachdem in den vergangenen Tagen die Preise an den Zapfsäulen vor allem für Diesel stets stärker erhöht wurden als der Rohölpreis, widerspiegeln die aktuellen Nettopreise für Diesel weitgehend den Rohölpreisanstieg. Die Preise für Superbenzin sind aktuell sogar etwas weniger angehoben worden, aber die Spritpreise bleiben weiterhin sehr volatil. Die Preisdifferenz zwischen Diesel und Superbenzin an den Zapfsäulen ist von rund 5 auf mittlerweile 20 Cent pro Liter gestiegen“, sagt Pudschedl.

Die Energiepreissteigerungen kommen zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Zu Jahresbeginn war die Teuerung auch dank der dämpfenden Effekte der Energiepreise auf die Gesamtinflation auf 2,0 Prozent gesunken. „Wir haben unsere optimistische Inflationsprognose von 1,9 Prozent im Jahresdurchschnitt 2026 auf 2,5 angehoben, unter der Annahme eines überschaubaren Zeitrahmens des Konflikts und keiner weiteren Eskalationen, die sich negativ auf die Energiepreise auswirken würden. Auch für 2027 ist mit 2,2 Prozent mit einer etwas höheren Inflation, als bis vor kurzem angenommen, zu rechnen“, so Pudschedl.

Auch für die Konjunkturentwicklung wird das Aufleben der Inflation ein Risiko darstellen. Die aktuellen Spannungen sollten jedoch nur zu kurzfristigen und überschaubaren Stimmungsschwankungen führen, die den Konsum beeinträchtigen. Zudem sollte über eine weitere Verringerung der Sparquote beinahe ein Ausgleich stattfinden, sodass nur geringe Wachstumseinbußen zu erwarten sind.

„Aufgrund der höheren Energiepreise steigt auch die Inflation wieder an, während die Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum moderat sein sollten. Wir haben unserer BIP-Prognose für 2026 und 2027 um jeweils 0,1 Prozentpunkte gesenkt und erwarten nunmehr ein Wirtschaftswachstum von 0,9 Prozent für 2026 und 1,4 Prozent für 2027“, meint Bruckbauer.

Der Anstieg der Treibstoffpreise führt zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung für die österreichischen Haushalte. „Der Anstieg der Treibstoffpreise wird 2026 Mehrkosten auslösen. Ein durchschnittlicher Haushalt

mit Dieselfahrzeug wird im laufenden Jahr nach unserer Ölpreiseinschätzung im Vergleich zum Vorjahr um 80 Euro mehr für Treibstoff aufwenden müssen. Ein Haushalt mit Benzinfahrzeug hat aufgrund niedrigerer durchschnittlicher Fahrleistung und geringerem Preisanstieg übers Jahr 2026 lediglich mit Mehrkosten gegenüber dem Vorjahr von rund 30 Euro zu rechnen“, meint Pudschedl.

Aufgrund der höheren durchschnittlichen Fahrleistung werden Haushalte in Kärnten, Burgenland, Niederösterreich, Vorarlberg und der Steiermark voraussichtlich eine finanzielle Zusatzbelastung über dem Durchschnitt haben. Unter der Annahme einer überschaubaren Länge des Konflikts und keiner weiteren Eskalation bleiben die finanziellen Folgen somit überschaubar. Die Forderung nach staatlichen Eingriffen bzw. Steuererleichterungen scheinen aus heutiger Sicht überzogen.

Österreich Konjunkturprognose								Prognose	
	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Wirtschaftswachstum (real, Vdg. z. Vorjahr)	1,8	-6,3	4,9	5,3	-0,8	-0,7	0,6	0,9	1,4
Industrieproduktion (real, Vdg. z. Vorjahr)	0,0	-7,1	11,0	5,9	-1,7	-4,9	3,1	1,5	2,5
Privater Konsum (real, Vdg. z. Vorjahr in %)	0,7	-7,6	4,9	5,4	-0,2	1,0	0,5	0,6	1,2
Investitionen (real, Vdg. z. Vorjahr in %) ^{*)}	4,3	-5,3	6,0	-0,3	-1,3	-4,1	1,7	0,8	2,3
Inflationsrate (Vdg. zum Vorjahr in %)	1,5	1,4	2,8	8,6	7,8	2,9	3,6	2,5	2,2
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	7,4	9,9	8,0	6,3	6,4	7,0	7,4	7,3	7,2
Beschäftigung (Vdg. zum Vorjahr in %) ^{**)}	1,6	-2,0	2,5	3,0	1,2	0,2	0,2	0,4	0,5
Öff. Haushaltssaldo (in % des BIP) ^{***)}	0,5	-8,2	-5,7	-3,4	-2,6	-4,7	-4,0	-3,7	-3,0
Öff. Verschuldung (in % des BIP) ^{***)}	71,0	83,2	82,4	78,1	77,8	79,9	81,3	82,3	82,4

^{*)} Bruttoanlageinvestitionen ^{**) ohne Karenzgeldbeziehende, Präsenzdienler und Schulungen ^{***) 2025 Schätzung}}

Quelle: UniCredit

Rückfragen:

UniCredit Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Walter Pudschedl, Tel.: +43 (0) 5 05 05-41957;

E-Mail: walter.pudschedl@unicreditgroup.at